

frau
Staatsanwältin
hakelt das Wort



Die Umsiedlerin Genossin Schäffner war Arbeiterin in einer Textilfabrik. Sie meldete sich zum Volksrichterlehrgang nach Halle/Saale und beendete ihn mit überdurchschnittlichem Erfolg. Jetzt bekleidet sie das Amt einer Staatsanwältin in Halle



*Bild oben. In Arbeitsgemeinschaften wird das auf der Volksrichterschule Erlernte weiterentwickelt und werden Erfahrungen aus der Praxis ausgetauscht
Bild unten: Eine Prozeßpause benutzt die Junge Staatsanwältin zu einem aufklärenden Gespräch mit den Zuhörern.*

(Aufn. Weiffenborn)



2. Es hat sich in einzelnen Fällen gezeigt, daß Genossen Absolventen der Richterschulen als Richter und Staatsanwälte vergessen, daß sie durch die Partei auf ihre neue verantwortliche Funktion gekommen sind, die Bindung zur Partei zu verlieren drohen und Formaljuristen werden. Es gibt auch andere Fälle, die erkennen lassen, daß der Absolvent in seiner neuen Tätigkeit als Richter oder Staatsanwalt nicht genügend von der Wohngruppe oder dem Kreis unterstützt wird, sich isoliert fühlt und allein nicht die Kraft aufbringt, um die Prinzipien der demokratischen Justiz zu verwirklichen.

In beiden Fällen ist es zunächst die Aufgabe des Vorstandes der dafür zuständigen Parteieinheit, den Genossen zu helfen, sie zu stützen und fest an die Partei zu binden.

3. Die Partei muß sich stärkstens bei der Durchführung der neuen demokratischen Arbeitsmethoden in der Justiz einschalten, das heißt bei der Durchführung der Justizaus-spracheabende, der öffentlichen Berichterstattung der Gerichte, bei der Organisation von Vorträgen in den volkseigenen Betrieben und bei der Durchführung von Bauernversammlungen durch Richter und Staatsanwälte.

Vom 15. November bis zum 15. März ist in der Durchführung dieser neuen Arbeitsmethoden ein Wettbewerb zwischen den einzelnen Gerichten der Republik ausgeschrieben. Die Genossen in den Betriebsgruppen bei den Gerichten müssen der Motor dieses Wettbewerbs sein.

In enger Zusammenarbeit mit den Genossen in den Betriebsgruppen der Justiz müssen die Vorstände und Mitglieder der Wohn- und Stadtbezirke sich dafür verantwortlich fühlen, daß diese öffentliche Berichterstattung und die Justizaus-spracheabende wirklich durchgeführt werden, daß geeignete Richter und Staatsanwälte sprechen, die Diskussion anregen und lenken und darüber wachen, daß diese Veranstaltungen nicht zu reaktionären Zwecken ausgenutzt werden. Hier haben wir ein wichtiges Mittel in der Hand, um das Vertrauen des Volkes zur neuen Justiz und zur neuen Staatsordnung überhaupt zu festigen, den Zweijahrplan sowie die demokratische Rechtsordnung in der Öffentlichkeit bekanntzumachen und über die wirtschaftliche Bedeutung des Volkseigentums und über die Notwendigkeit der Bestrafung der Verbrechen gegen den Plan und die neue Ordnung aufzuklären.

Dort, wo die Partei die Arbeit fortschrittlicher Richter und Staatsanwälte in ihrer vorbeugenden und aufklärenden Tätigkeit unterstützt hat, wurden gute Erfolge erzielt.

So war zum Beispiel in der Gemeinde Staupitz bei 75 ablieferungspflichtigen Betrieben bis zum 31. Juni 1949 ein Rückstand von 35 621 kg Milch eingetreten. Durch die Bemühung des Amtsanwalts in Zusammenarbeit mit der VdgB und der Partei wurde in der Bauernversammlung die gegenseitige Hilfe der Bauern durch Leihmilch organisiert und 30 000 kg Milch beigetrieben.

4. Die Kreissekretariate müssen dafür sorgen, daß die örtliche Presse besser über die Justizveranstaltungen informiert wird als es bisher der Fall war.

5. Durch Absprache mit der SED-Betriebsgruppe und der Betriebsgewerkschaftsleitung der im Kreis liegenden volkseigenen Betriebe muß die Partei dafür sorgen, daß ein Richter oder Staatsanwalt über die Bedeutung des Volkseigentums spricht, die Wachsamkeit der Belegschaft gegen Saboteure schärft und über die Bestrafung aufklärt, die die demokratische Gesetzmäßigkeit gegen Feinde unserer Friedenswirtschaft verhängt.

Diese wenigen Hinweise zeigen, daß die Genossen weite Möglichkeiten haben, durch praktische Arbeit die demokratische Gesetzmäßigkeit zu festigen, die keine Agitationslosung ist, sondern eine wichtige politische Aufgabe darstellt, die im Zusammenhang mit dem Kampf der Nationalen Front um die Einheit Deutschlands von großer gesamtdeutscher Bedeutung ist.